

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
42 (1928)**

43 (20.2.1928)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-525779](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-525779)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat für Abnehmer von der Expedition (Petersstraße 76) 1.95 Reichsmark, bei Haus und durch die Post bezogen für den Monat 2.30 Reichsmark.

Republik

Preis 10 Pfennig

Anzeigen: mm-Zeile oben
binnen Raum für Anzeigen-
Werbung und Umgegend
12 Pfennig, Familienanzeigen
10 Pfennig, für Anzeigen aus-
wärtiger Anzeigen 25 Pfennig
Anzeigen: mm-Zeile oben
60 Pfennig, auswärts
85 Pfennig, Kabotten, Kasse
Diagonalfalten unentgeltlich

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland.

Hauptredaktion: Petersstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 20. Februar 1928 * Nr. 43

Redaktion: Petersstraße Nr. 76
Fernsprecher Nr. 58

Vorläufige Klärung in Berlin.

Notprogramm wird durchgeführt, dann Auflösung und Neuwahlen im Mai.

Mitteil wird mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstages bis zum Ablauf des Etatsjahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine zeitliche Durchführung zur Wirsammachung der vorgelegten Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheiterns — die Auflösung des Reichstages vom Herrn Reichspräsidenten erbitten. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen. Sollte wider Erwarten zur Durchführung von Rezipunkten des Programms der Reichstag über das

Ende des Etatsjahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstag die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die Verhandlungen aber so geführt werden, daß der von ihr in Aussicht genommene späteste Wahltermin eingehalten werden kann.

Der Herr Reichspräsident hat der Reichsregierung kund getan, daß er mit ihr aus vaterländischem Interesse der zeitlichen Durchführung des Notprogramms ausschlaggebende Bedeutung beilegt und daß er einen dem Vorhaben der Reichsregierung entsprechenden Auflösungsstermin in Aussicht nehmen wird.“

Zuchthausstrafen im Dresdener falschmünzer-Prozess.

(Eigenmeldung aus Dresden.) Im Falschmünzer-Prozess Köhler und Genossen, der am Sonnabend vor dem Dresdener Gemeinamen Schöffengericht stattfand, wurde folgendes Urteil gefällt: Köhler drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Nehmann und Schmier je zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, und Dabst ein Jahr Gefängnis. Der Steindrucker Karl Josef Köhler, der als Falschmünzer und Hersteller von gefälschten Banknoten lange Zeit gesucht wurde, ist am 13. November vergangenen Jahres schließlich festgenommen worden. Seine Verhaftung führte bald auch zur Festnahme seiner Komplizen. Köhler, der nach einer früheren Verurteilung wegen eines Münzverbrechens aus dem Zuchthaus entlassen worden war, hatte 1925 eine Falschmünzfabrik wieder aufgenommen. Sein Hauptziel war Banknoten. Die Anlage beschäftigte Köhler, Nehmann und Schmier der Herstellung von gefälschten Banknoten in der Zeit von Ende 1925 bis Mitte 1927, ferner der Fälschung tschechischer und polnischer Kronenstücke. Sie fertigten hauptsächlich tschechische hundertkronige Scheine an. Dabst hatte infolgedessen Beisitze zum Münzverbrechen geleistet, als er den Fälschern Räumlichkeiten für ihre Tätigkeit zur Verfügung stellte, ihnen Handreichungen leistete und vor allem den Angeklagten Köhler, der sich verborgen halten mußte, ernährte. Nehmann wurde zur Zeit gefangen. Im Jahre 1927 in Bautzen, Breslau und Dresden falsches Geld in den Verkehr gebracht zu haben. Er wechselte am 31. August 1927 bei der Geschäftsstelle der Darlehnsbank und Nationalbank in Breslau 70000 tschechische Kronen und am 26. Oktober 1927 bei einer Geschäftsstelle der Dresdener Handelsbank in Dresden 50000 Kronen in deutsches Geld um. Das eine Mal hatte er 8000, das zweite Mal 40000 Mark erzielt. Die Verhandlungen wurden in geheimer Sitzung geführt, da der Staatsanwalt wegen Gefährdung von Staatsinteressen den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt hatte.



Dr. Julius v. Keller, deutscher Gesandter in Brüssel ist für den neu geschaffenen Botschaftersposten in Buenos Aires ernannt worden. Botschafter v. Keller lebt seit 1899 im auswärtigen Dienste, war in Kairo, Kapsbad und Kalkutta beschäftigt. Im 1914 wurde er nach Brüssel versetzt, wo er die Abteilung des Auswärtigen Amtes, ging 1920 als Gesandter nach Belgrad und 1924 nach Brüssel. 1920 hat ihm die Universitätsstadt die ordentliche Professur für Staatsrecht angeboten.

Prächtige Wälderbauarbeiten.

(Wiener Eigenmeldung.) Am Sonnabend wurden in der Grenzstation St. Gotthard die italienischen Maschinen-gewehre zerlegt, die man nach Ungarn zu schmuggeln versucht hatte. Zwanzig Arbeiter hielten die Waffen aus den Wägen, zerlegten sie auf zwei mächtigen Ambossen und machten mit sechs autogenen Schweißapparaten die Gewehrstücke unbrauchbar. Die ganze Arbeit fand unter der Aufsicht eines Wälderbauarbeiters und je eines Offiziers der vier Nachbarnationen Ungarns, Österreichs, Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien. Gendarmen hielten die Zuschauer fern. Der ganze Vorgang wurde kinematographisch für den Wälderbau aufgenommen.

Kleidermode und der Schuppenwäldermeister.

(Hamburg, 20. Februar. Radiobien.) Eine eigenartige Veranstaltung wurde gestern in Hamburg ein Schuppenwäldermeister durchgeführt. Er bemerkte in der Nacht in dem Fenster eines Konfektionshutes in der ersten Etage einige zerfallene Scheiben und vermutete einen Einbruch. Da die

Tür des Hauses verschlossen war und der Beamte nicht hinein konnte, kletterte er, gleich dem Einbrecher, den er feststellte, die Hauswand hoch. Der Mann im Laden hatte sich bereits vier neue Anzüge übereinander angezogen. Da nun der Beamte und der Eindringling aus dem

Schiedspruch in der Metallindustrie.

Erklärungsfrist bis heute. — Unternehmer lehnen ab. — Verbindlichkeits-Erklärung.

Der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der metallindustriellen Metallindustrie kann die Metallarbeiter nicht befriedigen. Der vom Schlichter am



Dr. Carl Friedrich v. Siemens, der Chef der weltberühmten Siemens-Werke, hat die Beilegung seiner Werte zum 22. Februar gefordert. Eine 100.000 Metallarbeiter werden durch die Auszahlung der Siemens-Werke. Weiteren 700.000 Arbeiter im Reich droht dieselbe Gefahr — wenn nicht heute der am Sonnabend gefällte Schiedspruch für verbindlich erklärt wird.

Sonnabend gefällte Schiedspruch steht eine Erklärung des Spitzenlohnes für Metallarbeiter um 5 Pf. auf 80 Pf. vor. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Gegenüber dem 1. Pf. Schiedspruch des Magdeburger Schlichters vom 12. Januar ist also eine weitere Zulage von 2 Pf. pro Stunde hinzugekommen. Die Forderung der Metallarbeiter beträgt 15 Pf.; der erste Schiedspruch brachte ein Fünftel, der zweite bringt ein Drittel der Forderung der Metallarbeiter. Die neue Lohnregelung soll bis zum 31. Dezember 1928 laufen. Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft am Sonntag dem 20. Februar, mittags 12 Uhr ab.

Die Kürze der Erklärungsfrist macht eine Urabstimmung unmöglich. Daß die Metallarbeiter sich für den Spruch nicht begnügen können, liegt auf der Hand. Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht nicht den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter. Die Arbeiter aber, die bei den Verhandlungen absolut nicht mit sich reden ließen, haben eine erträgliche Lösung des Konflikts zunächst vereitelt. Sie haben den Schiedspruch abgelehnt. Nach ihren bisherigen Erklärungen, daß es ihnen absolut unmöglich sei, über den 1. Pf. Schiedspruch hinauszugehen, blieb ihnen nichts anderes übrig. Das kann aber niemanden darüber hinwegtäuschen, daß sie auch bei dem neuen Schiedspruch noch immer recht glimpflich davongelassen sind.

Alle Wahrscheinlichkeit nach, wird der neue Schiedspruch nunmehr rasch für verbindlich erklärt werden.

Durch vermeintlichen Alkohol vergiftet.

Im Briege Zuchthaus haben eine Anzahl Strafgefangener eine Kollerafekt, die bei der Verstoffwechselung der Nahrung entsteht, und von der sie annehmen, daß sie Strychnin enthält, beifügt und getrunken. Darauf mußte mehrere Gefangene infolge Vergiftungserscheinungen ins Antikollerafekt überführt werden, wo bereits zwei gestorben sind.

Auf den Bergen der Frühling.

Zu dem warmen Frühlingwetter, das gegenwärtig in ganz Italien herrscht, wurde gestern auf dem Ritten bei Bozen in Südtirol die außergewöhnliche Temperatur von 16 Grad Wärme in der Sonne gemessen. In den Bergen hat eine harte Schneeschmelze eingelegt.

6 Grad Kälte am Rhein.

Wie aus Koblenz mitgeteilt wird, kann die Hochwasser-gefahr als beilegt gelten. Der Rhein fällt langsam. Von Main und Räder sind noch kleine Wellen zu erwarten. Sie werden aber keine nennenswerte Erhöhung des Wasserstandes bringen. Auf den Höhen ist Frost bis zu 6 Grad unter Null eingetreten.

Unwetter in Wärdern.

(Prag, 20. Februar. Radiobien.) Gittern gingen über ganz Wärdern heftige Gewitter bei orkanartigem Sturm nieder. In vielen Dörfern wurden Dächer von den Häusern abgerissen und Bäume sowie Äste umgelegt. U. a. führte vor den Personen von Jägerdorf infolge des Sturmes ein Felsblock ab, wodurch die Lokomotive des Zuges den Wohnraum hinuntergebrochen wurde und drei Wagen entgleisten. Von den Reisenden wurden sechs Personen leicht verletzt. Da der Felsblock anheuert, wird die Eisenbahnstrecke eine ganze Zeit gesperrt bleiben müssen.

München hat einen Karmel wieder.

(München 20. Februar. Radiobien.) In München fand am gestrigen Sonntag zum ersten Male nach dem Kriege wieder ein Faschingsumzug statt. Durch eine ganze Reihe von Sandstücken wurden Gäste aus Bad und Fern in die Stadt gebracht. Die Münchner selbst bewilligten sich in ausgelassener Freude zu hunderttausenden an dem Umzug. Dieser dauerte mehrere Stunden und wies u. a.

prächtige Kostüme und Darstellungen auf. Das farnevolistische Treiben dauerte bis in die Nacht hinein.

Neuer Automobilweltrekord.

Auf der Rennbahn Donington Beach (Florida) stellte gestern der englische Rennfahrer Campbell auf einem Spezial-Karrierwagen mit 832,992 Kilometer in der Stunde einen neuen Weltrekord auf.



Reichsminister a. D. Dr. Friedrich Rolin ist vom Reichspräsidenten beauftragt worden, den König von Afghanistan an der deutsch-sowjetischen Grenze zu empfangen und nach Berlin zu begleiten. Minister Rolin ist ein glänzender Kenner der nordasiatischen Sprachen.



Aus des Verfassers schlimmer Zeit unter dem alten Herrscher, Emir Habib Ullah: Zur Flucht vertrieben

Wie Prinz Aman Ullah Emir von Afghanistan wurde

VON EMIL RYBITSCHKA

Afghanistan, das „gottgegebene Land“, ist in den letzten Jahren in eine neue Phase seiner Entwicklung getreten. Nach der Ermordung des Emirs Habib Ullah — durch seine im englischen Kaiserreich treibende Außenpolitik beim Volk unbeliebt — trat nach erbitterten Kämpfen um den Thron sein jugendlicher Sohn Aman Ullah die Regierung an. Unter seiner tatkräftigen und reformtätigen Leitung ist Afghanistan heute auf dem Weg, seine englische außenpolitische Lage als Pufferstaat zwischen englischen und russischen Interessengebieten zu verteidigen und ein beachtlicher Faktor im Völkerleben Mittelasiens zu werden. Der kurze, dritte afghanische Krieg hat den Engländern so schwere Verluste an Menschen und Material gekostet, daß sie gezwungen sind, die neue Macht des unliebsamen Nachbarn anerkennen zu müssen. Der österreichische Rittmeister Emil Rybitschka war während dieser unruhigen Jahre als Vertreter der Mittelmächte und fast fünfzig Europäer in Kabul. Sein ungemein feines und gut ausgerüstetes Buch „Im gottgegebenen Afghanistan“ (Brodhaus, Leipzig) ist der einzige authentische Bericht, den es über jene Ereignisse gibt. Da sich der neue Emir, wie wir bereits meldeten, derzeit auf einer Europareise befindet — aus politischen Gründen? — und dieser Tage in der Hauptstadt des Deutschen Reiches getroffen wird, drücken wir mit Erlaubnis des Verlags einen von uns unter Vorbehalt der tatsächlichen Verhältnisse aus dem Werk abgedruckten Abschnitt, unter welchen Umständen Aman Ullah auf den Thron bestieg. Der Verfasser, den persönliche Beziehungen zum Herrscher verbinden, hat seinerzeit an der Kronungsfeier teilgenommen.

Das Festmahl war herabgekommen. Kanonenschüsse leiteten ein für uns brachte es keine Freude, keine Befriedung, sondern einen besonders traurigen Nachschuß: vom Waffentilland, der heuchelnden Not in der Heimat, der Abkehrung der deutschen Lebensvorsätze, dem Vordringen der Engländer in Nordpersien und Rußisch-Turkestan. Unsere Freunde in Afghanistan nahmen die englischen Nachrichten nicht ernst. Sie brachten Meldungen von offenen Kämpfen zwischen den Siegern; auch sonst versuchte man uns zu trösten, erzählte von einer Kriegsgelangenennahme, zum Kampf gegen die Engländer im Amarsich nach Afghanistan und anderen Dingen mehr. Schließlich wurden wir am 12. März samt und sonders zum Kriegsmobilisiert. Er sprach sein ansehnliches aufrecht gemessenes Bedauern über den unglücklichen Ausgang des Krieges aus, stellte uns Bewegungsbefehle in Aussicht und hoffte, daß wir am 21. März 1919, dem Jahrestage, an dem man die Friedensverhandlungen beendet habe, entlassen werden könnten. Jedenfalls zeigte er uns ein ritterlich freundschaftliches Entgegenkommen, wie wir es kaum erwarten durften.

So hatten wir, jeder für sich lebend, ohne Hoffnungen und ohne Pläne dem neuen Jahr entgegen. Aber die Spannungen ließen bestehen. Wir fühlten uns nur aus dem Stromkreis ausschalten. Bis eines schönen Tages die Politik in mächtigster Form uns wieder mitten hinein in den Kampf und damit in den neuen Lebensabschnitt. Aman Ullah Chan war in allerhöchster Ungnade gefallen. Er hatte einen politischen Gefangenen, einen Revolutionär, aus dem südlich Kabul gelegenen Bergland Kuchistan freigelassen. Dieser Stellvertreter des Vaters von dem regierenden Prinzen vollzogene Gnadenakt war sofort widerrufen und dem Prinzen die Regierungsgewalt entzogen worden. Der Emir hatte in der Handlung seines Sohnes einen unmittelbaren Anschlag auf seine eigene Stellung gesehen. Er war so empört, daß er nicht nur den Prinzen verbannte, sondern auch selbst sofort aus Dihelalabad aufbrechen wollte. Wir waren über diese Nachricht aus tiefster Bestürzung, weil der Schicksal des Prinzen uns so ganz unmittelbar betrafte. Aber der Gegner Englands am Hofe schienen mit den Drohungen des Emirs nur an Einfluss gewonnen zu haben. An allen Ecken und Enden wurden — was bis dahin nie geschehen war und niemand erwartet hatte — Vorwürfe laut, daß der Emir nicht rechtzeitig während des Krieges die Interessen des afghanischen Volkes geschützt hätte. Kamen doch Nachrichten von dem Vordringen der Engländer in Rußisch-Turkestan und von dem ungeheuren Chaos, das von den dortigen mohammedanischen Kreisen auf Afghanistan herübergriffen wurde. Man warf Habib Ullah vor, daß er die englischen Hilfsgelehrten für sich persönlich, für seine Spielereien und Launen und seinen Harem ausgegeben, für den Staat aber nichts beigetragen habe. Mehr noch als seine Willkürigkeit Engländern gegenüber wurde ihm die Verhaftung rechtlich denkender und selbstständiger Leute sowie bekannter Freiheitskämpfer aus dem Ausland zum Vorwurf gemacht. Man drohte dem Emir, man werde England zum Vorwurf gemacht. Man drohte dem Emir, man werde England zum Vorwurf gemacht. Man drohte dem Emir, man werde England zum Vorwurf gemacht. Man drohte dem Emir, man werde England zum Vorwurf gemacht.

Chan in der Nähe seines Winterquartiers Dihelalabad ermordet.

Wenn man von den wilden Gerüchten und Schilderungen über den Tod des Emirs abließ, was auf phantastische Erregung zurückzuführen und was zur Stimmungsmache klug in Umlauf gesetzt war, so blieben nicht allzu viel einigermassen feststehende Einzelheiten übrig. Der Emir hatte sich in Vaghman bei Dihelalabad, wo er auf einem Jagdausflug weilte, nach seiner Gewohnheit ziemlich früh zu Bett begeben. Da entstand in den ersten Morgenstunden, wo bekanntlich der Mensch nicht nur am tiefsten schläft, sondern auch die Wachen am leichtesten der natürlichen Verlorenheit des Schlafes folgen, ein kurzer Aufruhr. Kaum gab es einen Wortwechsel, kaum konnte der Herrscher zur Befragung gekommen sein, da trafen ihn schon die tödlichen Schüsse. Als die Posten aufgeschreckt an Ort und Stelle erschienen, war bereits der Kriegsmobilisiert, der Sipah-Salar Kabir Chan, zur Stelle, überlegte sich kurz von dem Geschehen und schritt sofort gegen die Wachen ein. Heftige Prügel setzte es nach allen Seiten. In der Erregung und dem Getöse wurde niemand daran, als erstes die Verfolgung der Mörder aufzunehmen. Sofort wandte sich auch Kabir Chan an den dienleistenden Kommandanten des Militärwaffendepots in Dihelalabad, einen Oberst Shaha Ali Riza Chan, er verlangte ihm die Schlüssel ab, ein Umstand, der später stark dazu beitrug, Verdacht gegen ihn zu erregen. Die Ereignisse überzogen sich nun. Schon am Morgen des nächsten



Der neue Herrscher, Emir Aman Ullah Chan.

Tages hatte der Bruder des Verstorbenen, Kasir Ullah Chan, in Dihelalabad das Kommando über die Truppen in die Hand genommen und sich zum Emir ausrufen lassen, und zwar unter Übergang des eigentlichen Kronprinzins Inajett Ullah Chan (der auch in den folgenden Ereignissen keine Rolle spielte, v. Red.) Nichts lag natürlich näher, als ihn zum Thron des Vaters an seinem Bruder zu setzen. Die völlige Verwirrung der Lage kennzeichnete aber der Umstand, daß auch gegen einen andern Serdar, den Bruder des Sipah-Salar, der Vorwurf erhoben wurde, dem Emir aus persönlicher Rache getötet zu haben. Habib Ullah sollte den Wunsch gehabt haben, die junge Frau des Serdars seinem Harem zuzuführen. Wie die Verhältnisse auch immer gelegen haben mögen, zunächst wurde in Kantonen gelegt, auf wenn nur der geringste Verdacht fiel, u. a. sämtliche Serdare der Mordbefehls, so die beiden Brüder Jakob und Jusuf Chan und ihre sämtlichen, sehr zahlreichen, in hohen Stellungen befindlichen Söhne. Dies geschah auf den Befehl des Offizierskorps zu Dihelalabad am 27. Februar 1919. Man begründete den Schritt damit, daß den Serdaren der Schutz des Herrschers anvertraut war und sie für seine persönliche Sicherheit verantwortlich gewesen waren, in erster Linie gerade der Kriegsmobilisiert Kabir Chan. Diese Maßnahmen waren gekommen des Emirs Schah Wali Chan, der von seinen Brüdern Kasim und Ali und Afkasi Sohn, dem Emir Abdur Rahman, dem Vater des Ermordeten, dem Thron gestürzt worden war. Immerhin hätte sich damit nur eine der so häufigen Begebenheiten aus der Familien Geschichte des künftigen Hauses wiederholt. Von allen Herrschern des letzten Jahrhunderts ist wohl nur Abdur Rahman, allerdings gerade weil der tollkühnste, eines natürlichen Todes gestorben. Somit die Ereignisse in Dihelalabad.

Unterwegs war in Kabul ein neuer Thronbewerber auf den Plan getreten. Es war der Prinz Aman Ullah Chan, der durch einen Motorfahrer aus Dihelalabad Bericht über das dortige Geschehen erhalten hatte. Zunächst schien er tief betroffen. Dann rief er seinen Diener aus der Scheide und schwur auf die blinde Klinge, ihn nicht einzusetzen, ehe sein Vater gerächt sei. Die Ereignisse schienen ihn davon überzeugt zu haben, daß sein Oheim, mit dem er jahrelang persönlich aus engster Freundschaft war und dessen politische Ansichten er weitgehend teilte,

zumindest eine gewisse Schuld an der Ermordung trage. In einer öffentlichen Erklärung gab er dem Volk von der Ermordung seines Vaters Kenntnis, schwor, sie auf jeden Fall rächen zu wollen, und weigerte dem Oheim seine Anerkennung als Emir. Das Ratrat über den geheimnisvollen Tod Habib Ullahs hörte auf, trat zurück hinter der ungeheuren Spannung, mit der man den Kampf der beiden Thronbewerber verfolgte. Wie die Dinge immer ausgehen mochten, ein jeder sah sich von den Ereignissen betroffen: die Anhänger Habib Ullahs, weil sie seiner Schicksal Hand entranten mußten, die Freunde Aman Ullahs, weil sie sich ihm zu bekennen und die Gefolgsleute Kasir Ullahs, weil sie auf einen Kampf mit einem nicht zu verachtenden Gegner gleich hart gegenüber. Kasir Ullah hatte sich auf die hohe Geißel gestellt, die Grenzstämme und ein Teil des Volks. Aman Ullah Chan hingegen durfte auf das dem vollstimmigen Prinzen abhängende Stadtwort Kabul zählen, und zwar vornehmlich die fortgeschrittenen, gebildeten, darunter die Gebildeten Afghanistans, und den Anhang seiner Mutter, der berühmten Ullah Haset. Kasir Ullah hatte den Vorzug, daß er mit der Grenzstämme und dem Landvolk über die größere Kampfkraft der militärisch tüchtigsten Elemente verfügte. Zudem standen im Winterquartier in Dihelalabad 20 000 Mann, auf der er unmittelbaren Einfluss ausüben konnte. Aman Ullah besaß den Vorteil, daß sich die Stadtbewohner schneller sammeln und ausrücken ließen, er konnte damit ohne Schwierigkeiten den Ruf der 5000 Mann starken neuen Bataillone in Kabul ausfüllen. Er sprach für ihn ein Umstand, der ja für die Kriegsführung mit der wichtigste ist: er war in Kabul im Besitz des Staatskassas. Dies gab ihm die Möglichkeit, bei den nun bedauerlicherweise einleichen Angeboten an die Truppen diese zu erstellen. Die Soldatenentlohnungen liegen innerhalb weniger Tage von 12 auf 20 Rupien. Der Prinz Aman Ullah mit der Staatskasse blies wie vorauszusagen, bei dem Weistrit Siegel.

Auch meine Kameraden und ich wurden vom Strom der Ereignisse so weit mitgerissen, daß wir der feierlichen Thronbesteigung nicht fernbleiben konnten. Die Vorbereitungen zu dem Festmahl waren im Fluß getroffen. Er schien noch kaum angefangen zu haben, als sich schon der Saal mit Festlichkeitsmusik füllte. Einzelne, ein Zeichen des Hofmachers, erhoben sich die Erzherrinnen, um in ununterbrochenem langen Zuge dem Emir ihre Huldigung darzubringen. Oben auf dem Thron, zu dem einige Stufen hinauf führten, den ganzen Festraum überblickend, lag der junge Emir. Seine regelmäßigen Züge schienen wie aus Stein gemeißelt. Nichts bereitete die überaus feinen Räumlichkeiten und die ungeheure Erregung. Er war der verkörperte Wille zur Macht. Mit ganz richtigem Gefühl war er, der Wächter unter allen, am meisten gefürchtet. Während ein jeder zur Festfeier die prunkvollsten Gewänder angelegt hatte, die er besaß, war der Emir in einfacher Felduniform erschienen. Der Saal hing ohne Scheideblank im Koppel. Auf den Stufen des Thrones stand der zum Kriegsmobilisiert erhobene Kabir Salar, hinter dem Thron aber der junge Herrscher Erzherr und persönlicher Freund Rahman Sami, der Nationalheld der Afghanen und unser treuer Freund. Er hatte den geladenen Karabiner schußbereit im Arm. Wie eine Wildgans stand der alte, hinhaltende Soldat auf seinem Posten. Nur dann und wann ging ein kaum merkbares Röcheln über sein Gesicht, wenn einer oder der andere der ihm früher feindseligen hochmütigen Serdare sich



Emir Habib Ullah Chan (links) kurz vor seiner Ermordung und sein Bruder Serdar Kasir Ullah Chan.

vor dem Thron neigte, niederkniete und nach altem Brauch den jungen Emir die Hand küßte. Es ging ein harter physischer Zwang von diesem Huldigungssakrament aus. Keiner wagte sich auszuweichen. Auch viele der Anhänger seines Vaters und seinen Todfeind Kasir Ullah, ja dessen eigener Schwiegervater blieben in der Reihe, wurden mit herangeführt und huldigten. Auch mit ihm schloßen uns nicht aus. Als wir vor den Thron traten, ging ein Leuchten über das Gesicht unseres alten Freundes, und seine Augen winkten einen freundschaftlichen Gruß. Es war, als ob sie sagen wollten: „Es ist recht, daß auch ihr gekommen seid.“

beibehalten. — Voltipette im ganzen Reich.

Landesbibliothek Oldenburg

Deutschnationale Bankrotteure.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die von der Reichsregierung eingeleitete Sanierung der Landwirtschaft hat den deutschen Bauern bisher schätzungsweise 500 Millionen Mark gekostet. Die Ausgaben werden sich aber noch um einige hundert Millionen Mark steigern.

Man könnte dieses finanzielle Opfer unter Umständen rechtfertigen, wenn die vom Reich gewährten Subventionen wirklich zur Sanierung der Landwirtschaft, dem größten deutschen Wirtschaftszweig, verwendet würden. Das ist aber nicht der Fall. Die Deutschnationalen sind nun einmal die Partei des Großgrundbesitzes, der Großgrundbesitzer. Den Interessen dieser Leute will man dienen. Ihr Spiel geht deshalb dahin, den Großgrundbesitzer, der durch seine eigene Schuld an den Rand des Ruins geraten ist, zu retten. Die wirtschaftliche Landwirtschaft, der mittlere und kleinere Landwirt, interessiert die Deutschnationalen weniger. Seine Not wird von ihnen nur als Aushängeschild benutzt; man mißbraucht ihn, um die Forderungen der Großgrundbesitzer durchzusetzen. Die von der Reichsregierung bewilligten Summen werden so, infolge der deutschnationalen Politik, zum größten Teil unnütz zum Fenster hinausgeworfen. Man verpulvert einen wesentlichen Teil unserer Steuereinnahmen, um schließlich den Deutschnationalen eine Wahlparole zu zimmern.

Dabei machen sich die maßgebenden Instanzen keine Gedanken, wie die neuen Agrarsubventionen aufgebracht werden sollen. Verlangt die Arbeiterschaft 3. B. zur Milderung der Arbeitslosenfrage Reichsgeld, dann weisen die Reichsparteien immer wieder darauf hin, daß kein Geld vorhanden sei und man keine Ausgaben machen dürfe, die man nicht decken kann. Heißt es aber, den Agrariern Millionen und aber Millionen zuzuführen, dann werden Ausgaben befohlen, ohne daß man nach Deckung fragt. Ueber die schwierige Frage, woher die Sanierungsmittel für die Landwirtschaft genommen werden sollen, ist die Reichsregierung bisher leichfertiger hinweggegangen. Die wirtschaftliche Landwirtschaft ist in den Tag hinein.

Eine solche bedenkliche Finanzwirtschaft muß sich in kurzer Zeit auf die Reichsfinanzen auswirken, denn es ist nicht damit getan, Millionen zu bewilligen, sondern die Millionen müssen in harter Münze herbeigeschafft werden. Schon der Etat 1927 konnte nur dadurch auskommen, daß man die Einnahmen höher als bisher schätzte. Die Reichsregierung hat sich so den Ausgleich des Haushalts außerordentlich leicht gemacht. Etatsdinge sind nun Angelegenheiten, die selber in der breiten Öffentlichkeit nicht immer die genügende Beachtung finden. Das zeigt auch für den Etat 1928 zu. Im Lande können die Reichsparteien allerdings darauf verweisen, daß der Etat für 1928 in Ordnung ist. Man verweigert aber die Tatsache, daß in dem Etat 1928 bereits der Reim zu einem DefizitEtat steht. Man hat 3. B. für 400 Millionen Reichsmark Ausgaben, die im laufenden Jahre vorgezogen sind, ohne neuen Mittel geschaffen. Schon eine immerhin mögliche Konjunkturerhöhung kann den ganzen Etat über den Haufen werfen. Noch schlimmer steht es mit dem Etat 1929, der in den Sommermonaten dieses Jahres fertiggestellt werden muß. Er ist u. a. mit Neuausgaben von 20 Millionen Mark für Reparaturen belastet. Für den Haushalt 1928 standen wenigstens noch Ueberflüsse aus den vorhandenen Jahren zur Verfügung, was für den neuen Etat nicht der Fall ist. Weiter hat die Reichsregierung einmalige Einnahmen, 3. B. Münzgewinne, im Etat 1928 dafür verwendet, um dauernde Ausgaben zu decken. Den nächsten Etat sind diese Ausgaben vorhanden. Die erforderlichen Mittel sind aber, weil sie ja einmalige Einnahmen darstellen, nicht da. Dazu kommt die Bewilligung der neuen Subventionsmillionen, von denen bis jetzt niemand weiß, wie sie gedeckt werden sollen.

Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die kommende neue Regierung, ganz gleich, wie sie aussieht, zum ersten Mal mit einem Defizit vor den Reichstag treten muß. Die Deutschnationalen, die dann das Feld ihrer „fortschrittlichen“ Regierungstätigkeit verlassen haben und nicht mehr in der Regierung sitzen, werden bei dieser Gelegenheit schreien, sie hätten den Etat in Ordnung bringen können, die neue Regierung aber nicht. Deshalb werden wir heute schon auf die Defizitwirtschaft der Deutschnationalen im Reichsministerium hinweisen. Sie haben eine gesunde Finanzgebarung untergraben und mit den Reichsfinanzen, den Geldern der Steuerzahler, Schindluder getrieben, um den Großgrundbesitzern Sonderprivilegien zu verschaffen. Die Politik der Deutschnationalen ist Agrarprotektion und Bankrotteure. Unter ihrem Einfluß sind die Reichsfinanzen derart labyrinthisch verworren worden, daß, wenn ein privater Geschäftsmann so wirtschaften würde, die Staatsgewalt eingreifen müßte. Die Deutschnationalen sind die Totengräber der deutschen Finanzwirtschaft. Sie arbeiten auf den Zusammenbruch der Reichsfinanzen hin, getrieben von der Lösung aller Bankrotteure: „Hinter uns die Einstütze!“

Da der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Klärung des Schiedsspruches für die Metallindustrie empfiehlt, ist anzunehmen, daß die heute vorliegende in Halle zusammengetretenen Juristen den Schiedsspruch ebenso wie die Unternehmer ablehnen werden.

Der Reichstagsvertrag für das Metallgewerbe, der nach den Bestimmungen am 15. Februar hätte ablaufen müssen, ist bis zum 30. April verlängert worden. Die Beratungen über die Verlängerung des Reichstagsvertrages finden zusammen mit den Verhandlungen statt. Das Schiedsamt läuft am 30. April ab.

Der Verband von Metallarbeitern des Reichsverbandes hat eine Entscheidung des Reichsverbandes Metallarbeiter, die sich auf 54 preussische Städte erstreckt, im Jahre 1927 um 1.055.000 Reichsmark auf 57.426.244 erhöht. Die Zunahme beträgt ungefähr 5,5 Prozent aus. Mehr verdiente es aber die industriellen Städte.

Die französische Presse begrüßt die Ernennung Tarelli zum englischen Botschafter in Paris.

Eine Absage an die Reichslandbündler.

Der pommerische Kleingrundbesitzer läßt sich nicht von den Karren der Großgrundbesitzer spannen.

Aus Kolberg wird uns berichtet: Die Verteilungen des Reichslandbundes, die mittleren und kleinen Bauern vor den Karren der Großgrundbesitzer zu spannen, haben am Sonnabend in Pommern ein letztes Mal zitiert. In einer nachfolgenden, von mehreren hundert Bauern des Kreises Kolberg-Körlin besetzten Kundgebung des Pommerischen Bauernvereins erteilte dessen Hauptgeschäftsführer dem Landbund eine scharfe Absage. An einer Fülle von Beispielen wurde belegt, wie der Großgrundbesitzer heute den Bauern über das Ohr haust. So entfallen 3. B. auf einen 800 Morgen großen Gut auf jeden Morgen 25 Hektar der Schulden, auf die kleinen mit dem Gut verbundenen Bauerneigentümer jedoch 1,35 Mark pro Morgen. Auf einem anderen 5000 Morgen großen Gut zahlte der Besitzer 242 Mark Grundbesitzersteuer im Jahre, die Bauerneigentümer mit 550 Morgen zahlen in derselben Zeit 557 Mark. Außerdem bezieht der pommerische Großgrundbesitzer fast überhaupt keine Einkommensteuer.

Scharf verwurteilt wurde im Verlauf der Kundgebung auch die einseitige Kapitalpolitik. Man forderte deshalb Kapitalfreiheit für Futtermittel, Kredite, von denen der Landbund nicht genug leihen kann, wurden zurückgewiesen, weil sie keine wirksame Hilfe darstellen und die kleinen Landwirte nicht in den Genuß der vom Staat bereitgestellten Kredite kommen. Zufällig haben die im Sommer dieses Jahres organisierten Bauern des Kreises Kolberg auch entsprechend gehandelt. Die auf den Kreis entfallenden Kredite gaben sie an die schwer notleidenden jungen Siedler ab.

Die Bauern wählten zum Schluß der Kundgebung eine Abordnung, die nach Berlin fahren und die Wünsche des pommerischen Kleingrundbesitzers bei den maßgebenden Stellen vorbringen soll. — Die preussische Regierung hatte an der Kundgebung ihre herzlichsten Wünsche telegraphisch übermittelt.

Die Verteilung der Reichslandbündler bei den maßgebenden Stellen vorbringen soll. — Die preussische Regierung hatte an der Kundgebung ihre herzlichsten Wünsche telegraphisch übermittelt.

Volksdamer Hofentzweiher vor Gericht.

Die Heidenfahrt mehrerer Volksdamer Hofentzweiher nach Lehnin fand vorerhalten in einer Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Brandenburg an der Havel ein recht interessantes Nachspiel. Wegen öffentlicher Beleidigung und Räubung mußte sich der technische Angestellte, hiesiger, ein bekannter Volksdamer Hofentzweiher, verantworten. In einem Sonntag fand in einem Gasthof in Lehnin ein Vergnügen statt, an dem auch mehrere junge Mädchen jüdischen Glaubens aus Lehnin teilnahmen. Mithin erschien ein Trupp Volksdamer Hofentzweiher mit dem Angestellten an der Spitze in dem Lokal. Durch antilebendige Schimpfereien taktloser Art und Anpöbeln wurden die Mädchen erzwungen, das Vergnügen zu verlassen. Vor Gericht bestritt der Angestellte jede Schuld. Nicht wenig erstaunt waren seine Freunde, als sie bei der Verhandlung erfuhr, daß ihr Hausbesitzer ein einseitiges Verfallsrecht besitzt, das u. a. wegen Betruges, Falschmünzerei u. dgl. bestraft. Das Gericht verurteilte den Angestellten zu 200 Mark Geldstrafe.

Auf der Welt der Deutschen Werte, Kiel, ließ das Doppelstrahlenmotorfahrzeug „Sub Americana“ vom General, nachdem Frau Generalin Laura Christensen aus Oslo die Laute vollzogen hatte. Das Schiff ist bestimmt für die U. S. Vines Sub Americana in Oslo.

Die gestrigen Wiederholungswahlen in Hamburg.

(Hamburg, 28. Februar. Radioblick.) Die am gestrigen Sonntag durchgeführte Wiederholungswahl zur Wahl vom Oktober vorigen Jahres verlief trotz des allgemeinen Kelleraufstandes in ganz ruhig und geordnet. Infolge der veränderten Situation der hiesigen Parteien, für die insgesamt 40.000 Stimmen mehr als im vorigen Jahre abgegeben wurden, ist die Verteilung der Mandate größer geworden. Die Sozialdemokratie, die viel Kräfte für den unblutigen Kampf gegen kommunistische Verleumdungen und Verhöhnungen aufwenden mußte, ging um drei Mandate zurück. Die Kommunisten hielten ihre Mandatszahl. Der hiesige Anteil an der gestrigen Wahlleistung hatten die Demokraten, die jetzt fünf Vertreter mehr in die Bürgerschaft schicken können. Die Deutschnationalen haben wiederum rund 5000 Stimmen, und damit drei weitere Sitze, verloren.

Die Splitterparteien sind trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes nicht auf ihre Rechnung gekommen. Den härtesten Anteil an der Wahl hatten noch die Volkspartei der vereinigten Sozialen und Angestellten. Ihre Liste erhielt 1601 Stimmen, das ist nicht einmal ein Drittel der für ein Mandat erforderlichen Stimmen. Die zehn Listen brachten es nur auf zusammen rund 3000 Stimmen.

Im einzelnen stellt sich das gestrige Wahlergebnis wie folgt (in Klammern das Ergebnis vom Oktober v. J.):

Sozialdemokratie	246.530 Stimmen (489)
Deutschnationale	55.520 (88.799)
Kommunisten	114.233 (120.239)
Demokraten	87.522 (65.295)
Deutsche Volkspartei	85.471 (72.452)
Zentrum	9.393 (8.774)
Volkspartei	5.335 (8.774)
Republikaner	20.048 (27.163)

Die Mandatsverteilung hat die folgenden: Sozialdemokratie 60 (Oktober v. J. 63), Deutschnationale 22 (25), Kommunisten 27 (27), Demokraten 21 (16), Deutsche Volkspartei 20 (18), Zentrum 2 (2), Volkspartei 1 (1), Nationalsozialisten 3 (2), Republikaner 4 (4).

Wahl teil zu dem Resultat noch mit: Soweit das bisher vorliegende Wahlergebnis (800 von 850 Bezirken) erkennen läßt, wird sich die neue Bürgerschaft, wenn die weiteren Resultate nicht noch besonders unerwartete Uebertragungen bringen, nicht wesentlich anders zusammensetzen, als die am 9. Oktober 1927 gewählte Bürgerschaft. Sozialdemokraten und Kommunisten werden zusammen die absolute Mehrheit erhalten, die auch nach den letzten Wahlen gegeben war, aber praktisch nicht zur Auswirkung kam. Die jetzt bestehende Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei scheint demnach wiederzuliegen.

Das Sozial. Naturgesch. Gebiet.

Das Gebiet ist in seiner ganzen Ausdehnung zwischen Thale und Trebbin zum Naturgesch. Gebiet erklärt worden. Auch die Kottbus, der Hegentanz und der Dirschgrund sind in diese Grenzen einbezogen worden.

Preussische Landtag.

(Berliner Bericht.) Der preussische Landtag überwiegt am Sonnabend u. a. den Gesetzentwurf der Erweiterung des Staatsgebietes von 2. B. und die Anweisung zur Durchführung des Gesetzes zur Befreiung der Geschlechtslosen von der zehnjährigen Wehrpflicht. — In der fortgesetzten zweiten Lesung des Innenministeriums lobten in längerer Rede der sozialdemokratische Abgeordnete Marx und die Zustände in der preussischen Polizei. Insbesondere nahm er Stellung gegen den bei der Ausbildung der Mannschaften noch vielfach geübten militärischen Drill und bezieht sich dabei auf die Ausübung einer unbedingten Autorität im Polizeiwesen, den Polizeibefehl, den diesen altpreussischen Gensdarmen als Stumpfen und feindlichen Körper bezeichnet hat. — Die Aussprache wird am Donnerstag, dem

1. März, fortgesetzt. Außerdem stehen die zweite Lesung des Vermögens- und die Beratung des Haushalts- und Grundbesitzgesetzes an der Tagesordnung. In der Zwischenzeit erzieht der Hauptauschuss den Kultusrat.

Von der Bezirkskonferenz des DMR. in Hamburg.

Gestern fand eine Konferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den hiesigen Bezirk in Hamburg statt. Der Hauptgeschäftsführer Kolb, Schaffer, Stuttgart, referierte über die Einführung der Invalidentversicherung des Verbandes. Da das Gebiet sehr umfangreich ist, wird es notwendig sein, nach an anderer Stelle die Einführung zu beschleunigen, doch ist heute schon darauf hingewiesen, daß der Verband des Verstandes gegenüber dem früheren Vorstoß der hiesigen Arbeitervereine in der Verhinderung der Invalidenten enthält.

Die Bezirkskonferenz stimmt daher auch dem Vorschlag mit allen gegen 3 Stimmen (R.D.) grundsätzlich zu. Zum zweiten Punkt, Bericht der Bezirksleitung, referierte der Bezirksleiter Kolb, Kempten, Hamburg, und zeigte dabei an, daß von zahlreichen Material, daß die Bewegung auch in unserem Bezirk wieder fortgesetzt, wurden doch 191 Angestellte gegenüber dem früheren Vorstoß der hiesigen Arbeitervereine in der Verhinderung der Invalidenten enthält.

Nachdem auch noch zu den Ausperrungsgefühlen der Bezirksleiter Stellung genommen, gelangte eine entsprechende Entscheidung zur Annahme.

Industrielle Umschau.

Vorbereitungen für die Badedaison. Der Magistrat Wilhelmshaven gibt heute bekannt, daß die Bemittlung der fünf Strandbäder, der Rikshalle, der Kasseibahn und der Vermietung der fünf Bäder in den Anlagen auf dem Deich erfolgt soll. Auch soll gegebenenfalls ein Bademeister für die Seebäder-Badung angesetzt werden. Die Annahme von Bädern für Badedaisone erinnert.

Weiterer Nachrichten aus See. Außenjade: Wind N.N.W. 3, befeuchtet. See sehr ruhig, Temperatur 1; Minnertland: Wind N.N.W. 3, befeuchtet. See ruhig, Temperatur 2; Wonsaroge: Wind N.N.W. 3, See 1, Temperatur 3; Roskopf: Wind N. 3, Hochwasser gemächlich, Temperatur 4; Amstoft: Wind N.W. 2, befeuchtet, Hochwasser gemächlich, Temperatur 5 Grad.

Literatur.

Zum Tode verurteilt — freigesprochen. Am 17. Juli 1923 ist die Kaiserliche Justiz Theresie Ebersberger, die in einem kleinen Waldort an der böhmischen Grenze wohnt, wegen Giftmordes an ihrem Ehemann zum Tode verurteilt worden. Mit dem Mann, der fröhlich war und zwei Selbstmordversuche begangen hatte, herrschte Unfrieden. Der Mann war nach Genuß des Mittelsmittels im Walde ertrankt und nach seiner Beerdigung wurde der Leichnam durch Strohballen festgestellt. Das bayerische Staatsministerium machte glücklicherweise von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch. Im Justizhaus war es besonders der katholische Geistliche, der von der Unschuld der Frau überzeugt war und sich für sie einsetzte. Ein Antrag auf Wiederaufnahme wurde vom Landgericht Bayern nach durchgeführter Beweisaufnahme abgelehnt, aber das bayerische Oberste Landesgericht ordnete als Beweismittel die Erneuerung der Hauptverhandlung an, die zur Freisprechung führte. Diese Mitteilung befindet sich in der neuesten Nummer (Nr. 8) des „Illustrierten Blattes“ Frankfurt a. M., zugleich mit einem Porträt der Theresie Ebersberger. Im Illustrierten Blatt enthält das Blatt einen Bildbericht vom Jahre 1923. Der Bericht des „Christen“, einen von Adolf Brand „Das Reich der Weltstadt“, einen über die Eröffnung des englischen Parlaments sowie interessante Worte „Aus den Kindertagen der Revue“. Aktuelle Dinge sind zahlreich vertreten, eine besondere Würdigung erfährt die Winter-Olympiade in St. Moritz. Das sehr reichhaltige Heft ist zu Anfang der Woche überall für 20 Pf. zu haben und kann durch weitere Zusendung bezogen werden.

Das Kabinett Adolung in Berlin.



Der 1. Präsident des Reichstages, Herr Reichspräsident Adolung hat sein Kabinett gebildet. Unser Bild zeigt die Mitglieder der neuen Regierung von links nach rechts: Minister Kirchberg (Zentrum), Präsident Adolung (Soz.), Minister Leuchner (Soz.) und Minister Kottel (Demokrat).

